

Günter Stephan

---

## **Gewerkschaftliche Medienpolitik - Auftrag und Notwendigkeit**

---

*Günter Stephan, geboren 1922 in Köln, gelernter Buchhändler, arbeitete nach dem Krieg zunächst als Behördenangestellter. 1952 wurde er Sekretär der Gewerkschaft HBV in Koblenz, 1953 Bezirkssekretär des DGB in Neuwied, 1958 DGB-Ortsausschußvorsitzender in Essen. 1961 wurde er zum 2. Vorsitzenden der Gewerkschaft HBV gewählt. Seit 1962 ist er Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, zunächst zuständig für Jugend und Organisation, seit 1969 für Angestellte und Werbung.*

### *Wachsendes Medienbewußtsein*

Massenmedien, wie Funk und Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und Filme, gehören zu unserem Tagesgeschehen, sind daraus kaum noch wegzudenken. Die Verbindungen zwischen diesen Medien und uns werden mit deren Entwicklung und unserer wachsenden Abhängigkeit von ihnen auf Dauer enger und intensiver. Die Statistiker und die Psychologen kommen dabei zu überraschenden Ergebnissen, negativer wie positiver Art.

Als eines der positiven Ergebnisse dieser Entwicklung ist die Tatsache zu werten, daß wir uns zunehmend stärker dafür interessieren, wer uns da und unter welchen Vorzeichen zu informieren und letztlich zu beeinflussen versucht. Es hat sich — das ist unbestreitbar — in den letzten Jahren ein wachsendes Medienbewußtsein in der Bevölkerung und speziell unter den Arbeitnehmern entwickelt. Der Blick auf den Informanten, seine Ziele und Absichten hat sich geschärft. Niemand verkennt heute

mehr die Situation, daß es bei den Auseinandersetzungen um die Medien zugleich um die Durchsetzung von originären Interessen geht.

Der rasante Konzentrationsprozeß der Druck- und Verlagsindustrie und die mit dem Einzug der neuen Technik im Druckbereich notwendig gewordenen unerbittlichen Tarifaueinandersetzungen und Arbeitskämpfe haben ein tiefes Nachdenken auch bei den nicht unmittelbar Betroffenen ausgelöst. Im Funk- und Fernsehbereich verstärken sich die Angriffe auf das öffentlich-rechtliche System unseres Rundfunks, das in Konkurrenz zu privaten Sendeanstalten gesetzt, unterlaufen und ausgehöhlt werden soll.

Der Bürger und seine Mündigkeit, sein Interesse an mehr und besseren Programmen bilden das geeignete Schutzschild, um dahinter handfeste kommerzielle Interessen zu formieren. Medienpolitik wird zunehmend als Medienmachtpolitik verstanden, um gezielte politische und wirtschaftliche Interessen an den Mann zu bringen. Eine Entwicklung, die immer zu Lasten dessen geht, der informiert werden will und soll.

#### *Die Aufgaben der Gewerkschaften*

Im medienpolitischen Geschehen unserer Tage, das zunehmend von kapitalkräftigen und parteipolitischen Gruppierungen bestimmt wird, nehmen die Gewerkschaften einen notwendigen und unverzichtbaren Platz ein. Ebenso wie andere gesellschaftliche Gruppen und vor allem die Kirchen erkennen die Gewerkschaften ihren Platz und ihre Verantwortung, wirksam die Interessen derer zu vertreten, die dazu selbst nicht ausreichend Kraft und Stimme haben.

Medienpolitik heißt für die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes Politik im Interesse aller Arbeitnehmer, orientiert an deren Wünschen, Vorschlägen und Zielen. Deshalb kann und wird gewerkschaftliche Medienpolitik auch nicht nur eine Angelegenheit der unmittelbar fachspezifisch zuständigen DGB-Gewerkschaften sein, sondern sie wird von der gesamten Organisation entwickelt und getragen. Die Anträge des Bundeskongresses, das Grundsatzprogramm sowie das vor kurzem veröffentlichte neue Aktionsprogramm spiegeln das klar und deutlich wider.

Der DGB hat sich immer wieder und dies ganz bewußt für die Beibehaltung der Balance von privatwirtschaftlich strukturierter Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ausgesprochen. Die Konsequenzen der enormen Pressekonzentration in unserem Land haben ihn in dieser Haltung bestärkt. Denn Konkurrenz hat auf dem Pressesektor nicht wie bei einer x-beliebigen Konsumgüterproduktion das Geschäft belebt, sondern zu einer gebietsweise erschreckenden Einschränkung der Informationsmöglichkeiten für die Bürger geführt. Ohne das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem als Gegengewicht dazu wäre eine umfassende und objektive Information der Bevölkerung weiter Gebiete heute teilweise nicht mehr gegeben.

Vor dieser Situation können und werden die Gewerkschaften nicht die Augen verschließen. Sie werden dies um so weniger tun angesichts der Auseinandersetzungen, wie sie derzeit um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk entbrannt sind.

#### *Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk*

Die geplante Auflösung des Norddeutschen Rundfunks, die Beibehaltung des Privatfunkparagrafen in der Rundfunkgesetzgebung des Saarlandes und die Geburtswehen um das fortschrittliche Rundfunkgesetz von Radio Bremen sollen hier stellvertretend für Entwicklungen der letzten Zeit genannt werden, die Schlagzeilen machten. Insbesondere die Entwicklung und Erprobung der neuen Medien, wie Kabelfernsehen, Video- und Bildschirmtext, kam jenen recht, denen das öffentlich-rechtliche System schon seit langem ein „Stein des Anstoßes“ war, der ihnen den Weg zum besseren Geschäft oder zu mehr parteipolitischer Macht versperrte. Die mit der Einführung der neuen Medien gegebene Aufhebung der Frequenzknappheit bildet für sie den geeigneten Einstieg, um das „Monopol“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufzubrechen und es in Konkurrenz zu privaten Sendeanstalten zu setzen.

Unter dem Vorwand, die neuen Medien mit ihren Möglichkeiten brächten die gedruckte Presse in existentielle Gefahr, begann ein Feldzug von Verlegerseite in Richtung Beteiligung am Kabelfernsehen, an Video- und Bildschirmtext, der seinesgleichen sucht. Massive Schützenhilfe leisten dabei CDU/CSU, denen das Programm einiger Sendeanstalten zu wenig ausgeglichen, zu „linkslastig“ ist, obwohl sie es über ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien dieser Anstalten mit tragen und verantworten.

Eine Veränderung der Situation wird jedoch nicht in einem Ausbau und einer Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gesehen und gesucht, sondern in der Installation privater Sendeanstalten. Unter der Vorspiegelung von mehr und besseren Informationsmöglichkeiten für den einzelnen wird für den Bereich von Funk und Fernsehen ein Zustand angestrebt und vorbereitet, wie wir ihn aus der Presse kennen und der sich auf die Formel „schonungsloser Konkurrenzkampf“ reduzieren läßt.

Die diesjährigen Hamburger Medientage, die sich mit der Zukunft des Rundfunks beschäftigten, haben die Gefahren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erschreckend deutlich gemacht. Die Balance der Systeme von Presse und Rundfunk droht an Stabilität zu verlieren, wenn von den Verantwortlichen nichts geschieht. Verantwortung tragen aber neben den Parteien die großen gesellschaftlichen Gruppierungen in unserem Lande, zu denen auch die Gewerkschaften zählen.

Sie treten ganz entschieden dafür ein, daß umfassende und objektive Informationsmöglichkeiten für alle Bürger, unabhängig von Einkommen und Besitz, zur Verfügung stehen. Es widerspricht dem demokratischen gewerkschaftlichen Ver-

ständnis, die Informationsmöglichkeit als wichtigen Bestandteil unseres gesellschaftlichen und persönlichen Lebens einzig und allein den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen. Ebenso wenig kann es hingenommen werden, daß nur wirtschaftlich Mächtige Informationen und Meinungen verbreiten dürfen. Der Stellenwert unserer demokratischen Willensbildung, die sich ja nicht unwesentlich unter dem Einfluß von Presse, Funk und Fernsehen vollzieht, ist ganz einfach zu hoch, als daß sie sich generell privatwirtschaftlichen Zwängen und Gesetzen unterordnen kann und darf.

Schon der Begriff des Monopols für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist, wie das Hamburgs Erster Bürgermeister a. D. Dr. Herbert Weichmann zu den letzten Medientagen formulierte, fehl am Platze. Denn der öffentlich-rechtlich konstruierte Rundfunk gewährleistet ja gerade Mitwirkung und Mitarbeit aller gesellschaftlichen Gruppierungen und Parteien in unserem Lande. Dieser Rundfunk gehört ja allen Bürgern. Er bietet die Gewähr, daß auch diejenigen zu Wort kommen, die zu den Minderheiten zählen, die in einem marktwirtschaftlichen Gesetzen untergeordneten System kaum eine Chance hätten.

Durch die Installierung privater Sendeanstalten aber wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner Existenz in Frage gestellt. Notgedrungen müßte er sich bei Konkurrenz mit privaten Sendeanstalten diesen im Programmniveau anpassen, d. h. Sendungen produzieren, die hohe Einschaltquoten garantieren, um seine derzeitigen Werbeeinnahmen zu sichern. Kulturell anspruchsvolle Programme, die oft nicht der leichten Unterhaltung zuzuordnen sind, blieben ebenso wie Programme für Minderheiten auf der Strecke.

Erfahrungen dieser Art liegen inzwischen aus fast allen Ländern vor, in denen private Fernsehanstalten die Szene bestimmen, allen voran die USA, aber auch Länder wie England und Belgien bestätigen das. Nicht die Qualität des Programmangebots hat sich dort geändert, lediglich die Quantität. Auch die vielzitierte Vielfalt wurde nicht erreicht. Im Interesse hoher Einschaltquoten gleicht sich die Programmgestaltung auch inhaltlich einander an.

*Ist die gewerkschaftliche Medienpolitik fortschrittsfeindlich?*

Die Gewerkschaften sehen sich durch diesen Entwicklungstrend in ihrem Eintreten und in ihrem Kampf für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in unserem Lande bestätigt. Bereits heute steht fest, daß vieles, was schon technisch machbar, nicht unbedingt gesellschaftlich notwendig und nützlich ist.

Die Fernsehzeit, die dem einzelnen täglich zur Verfügung steht, läßt sich nicht beliebig ausweiten. Ebenso stößt das monatliche Budget für diese Ausgaben sehr schnell an Grenzen, zumal Verkabelung, neue Fernseh- oder Zusatzgeräte und zusätzliche Programme ein erhebliches Mehr an Kosten auslösen werden.

Soziologen und Psychologen haben uns über die Folgen zunehmenden Fernsehkonsums nicht im unklaren gelassen. Die Gefahren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, für ein intaktes Familienleben, für Gesundheit und seelisches Gleichgewicht sind bekannt. Es wäre sträflich, sie zu ignorieren, wenn es um gewerkschaftliche Medienpolitik geht.

Ist gewerkschaftliche Medienpolitik also fortschrittsfeindlich, wie es mitunter darzustellen versucht wird? Das Gegenteil ist der Fall. Gewerkschaftliche Medienpolitik ist immer auch Reformpolitik. Die Gewerkschaften haben ihre medienpolitischen Ziele sehr klar und unmißverständlich formuliert. Und das nicht nur in Kongreßanträgen und Grundsatzprogrammen, sondern auch in Veranstaltungen, in denen sie ihre Ziele der breiten Öffentlichkeit erläutert haben. So fanden sowohl die medienpolitische Konferenz des DGB zum Thema „Ist die Rundfunkfreiheit bedroht?“<sup>1</sup> im Frühjahr 1978 in Bonn als auch die europäische Konferenz der Drucker-gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der IG Druck und Papier zur Thematik „Neue Technik und Pressekonzentration“ im November 1978 in Berlin eine breite Resonanz. Die Gewerkschaften haben deutlich gemacht, warum sie gegen weitere Konzentrationsprozesse im Pressesektor sind, warum sie für die Abschaffung des Tendenzschutzes und für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen im Medienbereich eintreten.

Zur Veränderung der berechtigten Kritiken am System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben sie Vorschläge entwickelt für den Ausbau und die Weiterentwicklung dieses Systems. Einige davon wurden mit dem neuen Radio-Bremen-Gesetz bereits in die Praxis umgesetzt. Weitere Schritte müssen folgen, um den Angriffen auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dazu zählt vor allem die Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses in den Aufsichtsgremien der Sendeanstalten zugunsten derer, die heute noch ungenügend oder gar nicht repräsentiert sind. Dazu gehören aber auch mehr Mitspracherechte und Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in den Rundfunk- und Fernsehanstalten.

#### *Die Funktion der Gewerkschaftspresses*

Gewerkschaftliche Medienpolitik richtet sich jedoch nicht nur nach außen an die breite Öffentlichkeit, sondern ebenso nach innen, in die gewerkschaftliche Organisation selbst. Sie schließt die gewerkschaftseigene Presse - den unerläßlichen Mobilisator und Organisator zur Umsetzung der gewerkschaftlichen Politik - voll ein. Ihr fällt neben ihrer organisationspolitischen Funktion vor allem die Rolle des Gegenpols zur übrigen Presse zu. Daraus erwachsen besondere Verpflichtungen, nicht nur für die Gewerkschaftsjournalisten und ihr Selbstverständnis von ihrer sehr spezifischen Arbeit, sondern ebenso für alle Verantwortlichen an den Leitungshebeln auf den verschiedenen Ebenen der gesamten Organisation. Schnelles und richtiges Rea-

gieren setzt in erster Linie rasche und gründliche Information derer voraus, die dann für das notwendige Verständnis und die erforderliche Klarheit der Mitglieder bei der Umsetzung der gewerkschaftlichen Politik verantwortlich sind.

Wollte man den Darstellungen derer glauben, die den Gewerkschaften nicht gerade freundschaftlich und wohlwogen gegenüberstehen, so ist die Gewerkschaftspresse ein „ungeheurer Moloch“, der mit seinen Auflagenzahlen renommierte Verlage und ihre Produkte weit in den Schatten stellt.

Ohne auf diese Fehlinterpretationen weiter einzugehen, hat sich die Gewerkschaftspresse des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen gewichtigen und nicht mehr wegzudenkenden Platz im gesamten Pressespektrum erobert. Sie ist unlösbar mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaften verbunden und Spiegelbild deren überaus positiver Entwicklung nach 1945. Sie ist und bleibt eines ihrer wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung gewerkschaftlicher Politik. Deshalb wird dieser Teil der gewerkschaftlichen Medienpolitik besonders verantwortungsbewußt wahrgenommen. Ausbau und Weiterentwicklung sind auch hier die Triebfeder, auf die nicht verzichtet werden kann. In der Auseinandersetzung um die Medien, um mehr und umfassendere Informationen für den einzelnen spielen die gewerkschaftlichen Publikationen eine maßgebliche Rolle. Die Gewerkschaften sind sich dieser Tatsache voll bewußt und nutzen ihre Chance.

Gewerkschaftliche Medienpolitik wird von den Gewerkschaften in erster Linie als Gesellschafts- und Reformpolitik verstanden. Deshalb ist sie Anliegen und Auftrag für die gesamte Organisation.